

**Veranstungssaal TriBühne Lehen
Tulpenstraße 1**



Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus
Ein Projekt der Stadt Salzburg

Leitung und Durchführung:
Haus der Stadtgeschichte in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Geschichte der Universität Salzburg

Leitungsteam und ExpertInnen:
Ernst Hanisch, Peter F. Kramml, Sabine Veits-Falk, Thomas Weidenholzer, Ingrid Bauer, Oskar Dohle, Helga Embacher, Robert Hoffmann, Johannes Hofinger, Gert Kerschbaumer, Albert Lichtblau, Thomas Mitterecker und Susanne Rolinek

Gerne informieren wir Sie über Veranstaltungen und Aktivitäten im Rahmen dieses Projekts:

www.stadt-salzburg.at/ns-projekt
Haus der Stadtgeschichte
Glockengasse 8
5020 Salzburg
Tel. +43 (0)662 8072-4701
archiv-und-statistik@stadt-salzburg.at

Fotos: Stadtarchiv Salzburg, Fotosammlung, Fotoarchiv Franz Krieger, Salzburger Landesarchiv, Walter Schweinöster, privat



**Do, 19. November 2015
19.00 Uhr**



Peter F. Kramml:
Adolf-Hitler-Platz, Imberg, Gaismair-Hof ... Um- und Neubenennungen öffentlicher Räume im Zeichen der NS-Ideologie

Am Beginn der NS-Herrschaft standen Umbenennungen aus politischen und „rassischen“ Gründen, wie z. B. des Max-Reinhardt-Platzes. Es folgten Bezeichnungen nach bekannten Nationalsozialisten. Neue Siedlungen boten die Möglichkeit, die „Geschichte der Bewegung“ im Namensgut zu dokumentieren. Deutsche Generäle gaben den Straßen der Aighofsiedlung ihren Namen (nach 1945 umbenannt), deutsche Siedler jenen in Lieferung. Die „Helden“ des Bauernkriegs, die als Wegbereiter des NS-Staates stilisiert wurden, sind bis heute in der Weichselbaumsiedlung namentlich präsent. Die Umbenennung von beschlagnahmten geistlichen Objekten ist ein weiteres, wenig bekanntes Kapitel, wie der öffentliche Raum mit NS-Ideologie durchdrungen werden sollte.

Peter F. Kramml
geb. 1957 in Salzburg
Historiker, Leiter von Stadtarchiv und Statistik Salzburg und Obmann der Freunde der Salzburger Geschichte



**Do, 19. November 2015
19.00 Uhr** Im Anschluss an den Vortrag Kramml



Sabine Veits-Falk:
Der lange Schatten der NS-Vergangenheit. Salzburgs Straßennamen nach 1945

Bis in die 1960er Jahre wurden in der Stadt Salzburg Straßen nach Personen benannt, die das NS-Regime gefördert und/oder davon profitiert hatten. Erst anlässlich des „Bedenkjahres 1988“ wurde diese Namensgebung problematisiert und die Augustin-Ableitner-Straße umbenannt. Gleichzeitig forderte eine kritische Öffentlichkeit, mit der Benennung von Verkehrsflächen nach Opfern des Nationalsozialismus und im Widerstand tätigen Personen einen Beitrag zum mahnenden Erinnern zu leisten. Die Diskussion über den Umgang mit „belasteten“ Straßennamen ist heute voll im Gang. Zusatztafeln zu den Straßenschildern und Erläuterungen auf der Homepage der Stadt sollen nun über die Rolle der Namensgeber während der NS-Herrschaft aufklären.

Sabine Veits-Falk
geb. 1967 in Braunau am Inn
Historikerin am Stadtarchiv Salzburg, Lehrbeauftragte an der Universität Salzburg und der Pädagogischen Hochschule Salzburg



**Do, 26. November 2015
19.00 Uhr**



Gert Kerschbaumer:
Gespaltenes Gedenken im öffentlichen Raum – verschwiegene Opfer des NS-Terrors

Der Nachwelt ist nicht erinnerlich, dass Gestapo, SS und Blutjustiz jegliche Ehrung von Terroropfern durch Hinterbliebene zu verhindern trachteten: ehr- und namenlose Opfer im öffentlichen Raum über das Befreiungsjahr 1945 hinaus, mit wenigen Ausnahmen. Wir finden Erinnerungszeichen mit Opfernamen zumeist auf Friedhöfen, doch selten an Hausfassaden und Verkehrswegen – ein politisch umkämpftes Terrain während des Ost-West-Konfliktes, was sich in separaten Gedenkritualen politischer Parteien manifestiert. Daran ändert sich bis heute wenig. Nunmehr treten allerdings verschwiegene Opfer, z. B. Ida Petermann und Agathe Herzenberger, die diskriminierten Gruppen angehörten, aus dem Schatten der Erinnerung.

Gert Kerschbaumer
geb. 1945 in Spital am Semmering
Studium der Literatur und Geschichte, Forschungen über Stefan Zweig, Raubkunst und Opfer des nationalsozialistischen Terrors



Verfassungsgesetz vom 6. Februar 1947 über die Behandlung der Nationalsozialisten (NATIONALSOZIALISTENGESETZ)
BGBl. Nr. 25/47

Der Nationalrat hat beschlossen:
Hauptstück.
Abschnitt I.
VERBOTSGESETZ 1947
Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945 über das Verbot der NSDAP — Verbotsgesetz, St. G. Bl. 13/46 (in der Fassung der Verfassungsgesetznovelle vom 16. November 1945, B. G. Bl. Nr. 16/46 und des Verfassungsgesetzes v. 16. November 1945, B. G. Bl. Nr. 16/46 (2. Verbotsgesetznovelle) und des Verfassungsgesetzes vom 24. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 177, wird abgeändert wie folgt:
Artikel I: Verbot der NSDAP.
1. Die Lösung, Verbot der NSDAP, ihre Wehrverbände, ihre Organisationen (Anstalten und angeschlossenen Verbände) und ihrer politischen Organisationen (Anstalten und angeschlossenen Verbände) ist; ihre Neubildung ist verboten (Ihr Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945).

Siebte Vortragsreihe
Schweigen und erinnern

Das Problem Nationalsozialismus nach 1945

Veranstungssaal TriBühne Lehen Tulpenstraße 1 jeweils 19.00 Uhr Eintritt frei



DIE STADT SALZBURG IM NATIONALSOZIALISMUS

Do, 15. Oktober 2015
19.00 Uhr

Heinz Schaden: Eröffnung der siebten Vortragsreihe

Peter F. Kramml und Thomas Weidenholzer:
Vorstellung des Sammelbandes zur sechsten Vortragsreihe „Gauhauptstadt Salzburg. Stadtverwaltung und Kommunalpolitik“

Oskar Dohle:

Rahmenbedingungen zur Entnazifizierung in Salzburg

Thomas Weidenholzer:

Entnazifizierung der Stadtverwaltung

(siehe nächste Seite)

Schweigen und erinnern.

Das Problem Nationalsozialismus nach 1945

Auch wenn nunmehr die Vortragsreihe „Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus“ zum Abschluss gebracht wird, ist damit keineswegs ein Schlussstrich unter die vielen Fragen gezogen, die uns die Geschichte des Nationalsozialismus aufgibt.

Sein Erbe verlangt nicht nur ständige Auseinandersetzung und Reflexion, sondern stellt auch an unser politisches Handeln Anforderungen. Dazu verpflichten uns nicht nur die unzähligen Opfer, die der Nationalsozialismus in der Vergangenheit gefordert hat, sondern auch das bemerkbare Wiedererstarken der rechten Szene in der Gegenwart. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hält uns dazu an, unser politisches, soziales und kulturelles Wirken an demokratischen Grundsätzen und Rechtsstaatlichkeit zu orientieren.



Dr. Heinz Schaden

Bürgermeister der Stadt Salzburg



Do, 15. Oktober 2015
19.00 Uhr



Oskar Dohle:

Rahmenbedingungen zur Entnazifizierung in Salzburg. Registriert, interniert, minderbelastet

Kurz nach Kriegsende 1945 begannen die US-Besatzungsbehörden in ihrem Einflussbereich mit umfangreichen Maßnahmen, um im wiedererrichteten Österreich demokratische Strukturen zu etablieren. Gesetze auf Bundes- und Landesebene schufen dafür die legislativen Grundlagen. Daneben versuchten US-Behörden, bald unterstützt von der österreichischen Justiz, durch Registrierungen und Internierungen von ehemaligen Funktionsträgern und Sympathisanten des nationalsozialistischen Regimes eine strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Zeit. „Camp Marcus W. Orr“ („Lager Glasenbach“) ist geradezu ein Symbol für Erfolg oder Misserfolg der von oben befohlenen politischen Umerziehung im Rahmen der Entnazifizierung und dem sich Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wandelnden Umgang mit (ehemaligen) Nationalsozialisten.

Oskar Dohle

geb. 1968 in Linz

Direktor des Salzburger Landesarchivs,
Lehrbeauftragter an der Universität Salzburg;
zahlreiche lokal- und regionalgeschichtliche Publikationen
(Schwerpunkt Salzburg/Oberösterreich)



Do, 15. Oktober 2015
19.00 Uhr

Im Anschluss an den Vortrag Dohle



Thomas Weidenholzer:

Entnazifizierung der Stadtverwaltung. Zwischen Entlassung und Wiedereinstellung

Rund ein Viertel aller Bediensteten der Stadtverwaltung wurde auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung wegen ihrer Mitgliedschaft bei der NSDAP entlassen, darunter etwa achtzig Prozent aller Akademiker. Letztlich ein Aderlass an Fachpersonal, der schon bald durch die Wiederaufnahme ehemaliger Nationalsozialisten in den Gemeindedienst, auch auf Führungspositionen, geschlossen wurde. So forderte bereits im März 1946 der sozialdemokratische Bürgermeister Anton Neumayr, „Nazisäuberung“ und „Entnazifizierung“ müssten endlich beendet werden. Über den BSA rekrutierten sich zahlreiche akademisch gebildete ehemalige Nationalsozialisten. Es stellt sich die Frage, gelang damit die Integration von Nationalsozialisten in demokratische Verwaltungsstrukturen, gelang damit also die „Entnazifizierung“ der Köpfe oder wurden damit Fragen der Schuld verdrängt.

Thomas Weidenholzer

geb. 1956 in St. Florian am Inn

Archivar am Stadtarchiv Salzburg,
Veröffentlichungen zur Geschichte der Stadt Salzburg



Do, 29. Oktober 2015
19.00 Uhr



Albert Lichtblau:

Wiedergutmachung und Restitution

Nach der NS-Machtübernahme begann ein Raubzug gegenüber privatem Eigentum. Die neuen Herrscher schienen sich wie im Selbstbedienungsladen zu fühlen und die NS-Gesetzgeber sahen sich gezwungen, die Enteignungsprozesse möglichst schnell zu regeln. Es ging vor allem um das Eigentum von Juden und Jüdinnen, aber auch von politischen Gegnern und Gegnerinnen oder jenes der Kirche. Nach Kriegsende wurden die Raubzüge in Rückstellungsprozessen aufgerollt. Die Gesetzgebung bot nur ein limitiertes Instrument, das Geraubte zurückzuerhalten. Was nicht mehr vorhanden war, wie etwa Geschäftswaren, wurde nicht kompensiert. Der Druck auf die Beraubten war groß, nachzuweisen, dass sie nicht freiwillig „verkauft“ hatten.

Albert Lichtblau

geb. 1954 in Blindenmarkt (Niederösterreich)

Universitätsprofessor, Fachbereichsleiter des Fachbereichs Geschichte und stellvertretender Leiter des Zentrums für jüdische Kulturgeschichte der Universität Salzburg



Do, 5. November 2015
19.00 Uhr



Ernst Hanisch:

Der politische Diskurs über den Nationalsozialismus in den langen 1950er Jahren

In den 1950er Jahren herrschte das große Schweigen über den Nationalsozialismus. Alle Energien der Gesellschaft sollten in den „Wiederaufbau“ und, später, in den „Neuaufbau“ investiert werden. Die NS-Vergangenheit sollte vergessen, verdeckt, versiegelt werden. Die politischen Eliten trieb die Angst um, dass ein Diskurs über den Nationalsozialismus die erhoffte Einheit der Bevölkerung sprengen könnte. Doch aus der Hintertür tauchte unerwartet der Nationalsozialismus auf. Paradoxerweise war es der VdU (FPÖ), der das Thema Nationalsozialismus aufmachte, nicht um über die NS-Verbrechen zu reden, sondern um die ehemaligen Nationalsozialisten zu rehabilitieren. Der Vortrag untersucht anhand der Landtags- und Gemeinderatsprotokolle diesen verdeckten, aber aussagestarken Diskurs.

Ernst Hanisch

geb. 1940 in Thaya

Seit 1964 in Salzburg wissenschaftlich tätig,
seit 1979 Professor für Neuere Österreichische Geschichte an der Universität Salzburg,
2004 in Pension

